

Jörg Gleisenstein  
Stadtverordneter  
Bündnis 90/ Die Grünen

Anfrage an den Oberbürgermeister

Frankfurt (Oder), den 18.6.2009

Thema: Energieverbrauch kommunaler Einrichtungen

Veranlassung:

Der Umgang mit Energie wird aus Umwelt- und Kostengründen immer bedeutsamer. Nicht nur private Haushalte haben mit steigenden Energiepreisen zu tun, auch für den städtischen Haushalt stellen diese eine relevante Größe dar.

Ein wesentlicher Aspekt der Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II/ Zukunftsinvestitionsgesetz ist die energetische Modernisierung von kommunalen Gebäuden. Hiervon profitiert aber nur ein geringer Teil der städtischen Liegenschaft.

Aber nicht nur durch bauliche Maßnahmen kann der Energieverbrauch - und damit kommunale Ausgaben - verringert werden. Auch durch Maßnahmen zur Verhaltensänderung, dem überlegten Umgang mit Energie, kann der Wärme- und Stromverbrauch gesenkt werden.

Deshalb frage ich die Verwaltung:

1. Wie hoch ist der Energieverbrauch (Strom und Wärme) der kommunalen Gebäude? Welche Kosten entstehen hierfür? Wie hoch sind die durchschnittlichen Energiekosten (€/m<sup>2</sup>)? Welche Gebäude zeichnen sich durch besonders hohe, welche durch besonders niedrige Energiekosten (€/m<sup>2</sup>) aus?
2. Gibt es für die kommunalen Gebäude einen Energiepass oder ist die Erstellung eines solchen geplant? Wenn ja, für welche? Wenn nein, warum nicht?
3. Welche Anstrengungen unternimmt die Verwaltung, die Energiekosten zu senken? Ist die Senkung der Energiekosten ein Ziel der Verwaltung? Wenn ja, wie wird dies evaluiert und welche Erfolge wurden hierbei erzielt?
4. Gibt es Maßnahmen, den Energieverbrauch nicht nur durch bauliche Maßnahmen zu verringern, sondern auch durch Verhaltensveränderung (bewusster Umgang mit Energie)? Wenn ja, wie sehen diese aus? Welche Erfolge wurden dadurch erzielt? Wenn nein, warum nicht?
5. Gibt es ein System, durch das die NutzerInnen der Gebäude profitieren, wenn durch Verhaltensänderungen Einsparungen erzielt werden? Wenn ja, wie sieht dies aus?
6. Wurde oder wird in Frankfurt (Oder) das Prinzip des fifty-fifty-Projekts ausprobiert oder durchgeführt (ein Schulprojekt, bei dem die Hälfte – oder ein anderer Anteil – der Einsparungen bei den Energiekosten durch Verhaltensänderung direkt den Schulen als zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt wird)? Könnte sich die Verwaltung solche fifty-fifty-Projekte für Nutzer öffentlicher Gebäude (Schulen, Kitas, VHS etc.) vorstellen, bzw. wirbt hierfür bei den Einrichtungen?
7. Ist der Verwaltung bekannt, ob sich Frankfurter Schulen an Klimaschutzinitiativen beteiligen, z.B. am Aktionsprogramm „Klimaschutz an Schulen“ (<http://klima.bildungscnt.de>)? Wirbt die Verwaltung bei den Schulen dafür, sich an solchen oder ähnlichen Aktionen zu beteiligen?